

Pressemitteilung  
Kiel, 29.03.2004

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## **Erfreuliche Entwicklung in der Minderheitenpolitik des Bundes**

Südschleswigscher Pressedienst Flensburg

Gemeinsame Presseerklärung des SSF und SSW

Dass die Bundesregierung der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe einen jeweils eigenen Haushaltsansatz im nächsten Bundeshaushalt zugesagt hat, bezeichneten Vertreter des Kulturträgers der dänischen Minderheit »Sydslesvigsk Forening« und des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag in einer gemeinsamen Presseerklärung als eine »erfreuliche Entwicklung in der Minderheitenpolitik des Bundes«.

In einem Gespräch mit der Kulturstaatsministerin Christina Weiß, die heute (29. März) zu einem Gespräch über nationale Minderheiten mit Ministerpräsidentin Heide Simonis in Kiel und bei einem anschließenden Empfang mit Vertretern der dänischen Minderheit, der Friesen, der deutschen Nordschleswiger, der Plattdeutschen und der Sinti & Roma zusammentraf, machten die Vertreter der dänischen Minderheit deutlich, dass sich der deutsche Kulturbegriff deutlich vom dänischen unterscheidet. »Wo man im Dänischen den Kulturbegriff breit versteht, sei er im Deutschen anders und umfasse beispielsweise nicht Schule, Kirche, Jugend und Alter«, bedauert der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins, Dieter Paul Küssner, Jarplund.



»Wenn man in Berlin an dieser Definition festhalte, könnte die Folge sein, dass der dänischen Jugendverband, die dänische Kirche und beispielsweise der dänische Schulverein in Südschleswig von dem neu zu schaffenden Haushaltsansatz nicht profitieren können, aber es sei zumindest ein Anfang, an dem es weiter zu arbeiten gelte«, so die Vorsitzende des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk, Harrislee.

Spoorendonk und Küssner sind sich darin einig, dass mit dem kommenden Haushaltsansatz eine »weitere erfreuliche Entwicklung in der Minderheitenpolitik des Bundes« stattfinde, denn im Bundeshaushalt hätten bisher nur die Sorben und die Sinti & Roma einen eigenen Titel.

Erfreut seien die beiden Vorsitzenden auch darüber, dass ihre Forderungen so vehement von Ministerpräsidentin Heide Simonis unterstützt würden. Diese habe gegenüber Kulturstaatsministerin Christina Weiß unterstrichen, dass »eine gesicherte finanzielle Förderung der friesischen Volksgruppe und der dänischen Minderheit mehr Sicherheit geben würde«, dass »Minderheitenförderung nichts mit Abbau von Subventionen zu tun habe«, und dass der Schutz nationaler Minderheiten in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Land liege.

